

Vorschlag der Linken im Europaparlament für ein neues Energiemarktmodell

10 zentrale Forderungen

Seit über einem Jahr schießen die Energiepreise in Europa in die Höhe, doch die europäischen Institutionen sind nicht in der Lage, Haushalte und Unternehmen vor der Kostenspirale zu schützen, indem sie dringende Reformen verzögern und Entscheidungen von Monat zu Monat aufschieben. Es ist an der Zeit, mit dem Gerede aufzuhören und auf ein gerechtes Energiesystem hinzuarbeiten, das stark auf erneuerbaren Energien basiert und vorallem unter öffentlicher Kontrolle steht. Wir können kein System akzeptieren, das Arbeitnehmer und Familien im Dunkeln und in der Kälte stehen lässt, während weiterhin die Kassen der großen Energiekonzerne gefüllt werden.

Mit der Liberalisierung des Gasmarktes wurden Gaslieferverträge mit langfristigen Festpreisen nach und nach durch kurzfristige Verträge ersetzt. Diese werden auf dem sogenannten ‚Spotmarkt‘, einem internationalen Marktplatz für vertraglich ungebundene Gasmengen an den Meistbietenden verkauft. Die Liberalisierung der Gasversorgung in der EU hat zu einer größeren Preisvolatilität geführt und so einen neuen spekulativen Gasmarkt geschaffen, auf dem jeder Kubikmeter Gas, der in Europa tatsächlich geliefert wird, das Ergebnis von durchschnittlich mehr als 25 Transaktionen zwischen Käufen und Verkäufen ist. Wir müssen endlich mit dieser Marktlogik brechen, die zu einer Preisexplosion geführt hat, und zu einem stabilen und vorhersehbaren Preis für unsere Gasversorgung zurückkehren, wie er derzeit in Asien besteht und wie er in Europa vor der Liberalisierung funktionierte.

Deshalb fordern wir:

1. Energiepreise deckeln & mit dem Marktmodell brechen

Die vorhersehbaren Folgen der EU-Energieliberalisierung entfalten sich vor unseren Augen. Der Markt kollabiert. Wir müssen dem marginalistischen Markt ein Ende setzen und den tatsächlichen Energiepreis bezahlen und nicht den, der sich aus Börsenspekulation ergibt. Der für extreme Schwankungen anfällige Rotterdamer Öl-Index des US-Unternehmens Platts, ein Preis-Informationsdienst für den Energiehandel, sollte abgeschafft. Der Ausgangspunkt für die Entwicklung der Preise und Margen für flüssige Brennstoffe sollte den tatsächlichen



Produktionskosten entsprechen. Wir sollten sofort handeln und eine wirksame Obergrenze für die Großhandelspreise für Strom und Gas einführen, um gefährdete Haushalte und kleine Unternehmen vor einem gestörten Markt zu schützen. Vor der Krise wurde Energie im Durchschnitt für 50 €/MWh verkauft, heute schlägt die Kommission vor, eine Erlösobergrenze von 180 €/MWh festzulegen. Dies ist übermäßig hoch und ermöglicht es den großen Energieunternehmen, weiterhin obszöne Gewinne zu machen. Wir brauchen eine Obergrenze, die nahe an den Produktionskosten liegt und erschwingliche Energiepreise für Haushalte und kleine Unternehmen gewährleistet.

2. Übergewinne aller Krisenprofiteure besteuern

Es ist nicht akzeptabel, „Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren“. Einige Energieunternehmen, aber auch multinationale Unternehmen in anderen Sektoren, haben in den letzten Monaten Rekordgewinne erzielt. Diese Gewinne sind das unmittelbare Ergebnis von Spekulationen und werden seit Jahren erzielt. Sie müssen besteuert und umverteilt werden, um den Mitgliedstaaten Liquidität zur Finanzierung dringender Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise und der steigenden Lebenshaltungskosten zu verschaffen. Diese Steuer auf unerwartete Gewinne sollte nicht zeitlich begrenzt, auf 2022 und den Energiesektor beschränkt sein. Wir fordern alle Krisenprofiteure, alle Unternehmen mit einzubeziehen, die unerwartete Gewinne erzielen! Der Steuersatz sollte hoch genug sein, um die notwendigen Finanzmittel für die beschleunigte Einführung erneuerbarer Energien bereitzustellen, einen fairen Energiesparplan umzusetzen und die Energieeffizienz in Gebäuden und Haushalten zu gewährleisten.

3. Öffentliche Kontrolle der Energiepreise

Die Gasverordnung, die die Undurchsichtigkeit der Gaseinkäufe für die großen Energiekonzerne eindämmt, muss geändert werden. Es müssen Mechanismen eingeführt werden, die gewährleisten, dass Handelsverträge, die von am Gasmarkt teilnehmenden Unternehmen unterzeichnet wurden, transparent sind. Es braucht eine Begrenzung des Spothandels und die preisliche Entkopplung von Gas und Strom.

4. Öffentliche Kontrolle des Energiesektors

Im Kontext der vielfältigen Krisen Europas ist die Konzeption und Einführung eines öffentlich kontrollierten Energiesektors notwendig. Krisenmanagement braucht öffentliche Unternehmen für die Energieerzeugung und -vermarktung deren Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien liegt. Falls die Mitgliedstaaten bereits über solche Unternehmen verfügen, sollte es verpflichtend sein wesentliche öffentliche Dienstleistungen durch

festgelegte, regulierbare und kostengünstiger Tarife sicherzustellen. Außerdem fordern wir die langfristige Vergesellschaftung der Energieunternehmen. Energie ist ein öffentliches Gut und gehört nicht in die Hände eines profitorientierten Marktes.

5. Lebensnotwendige Energieversorgung sichern!

Gas- und Stromabschaltungen müssen verboten werden. Das ist unverhandelbar. Es muss ein Mindestmaß an lebenswichtiger Energie zur Versorgung gewährleistet werden, das sich an klimatischen Bedingungen und der Anzahl der Wohneinheiten orientiert. Niedrige Preise für die erste kWh des Verbrauchs und kostenlose Versorgung für benachteiligte Gruppen in diesen Mindestversorgungsquoten. Daran sollte auch das Ziel von Kohlenstoffgerechtigkeit gekoppelt sein. Grundlage dessen ist ein auf dem Klimagesetz basierendes Pro-Kopf-Kohlenstoffzertifikat aus dem sich ein Kohlenstoffbudget ergibt. Über dem Budget liegender Verbrauch gehört besteuert, um einen sauberen und gerechten Übergang zu finanzieren.

6. Fairer Energiesparplan

In Zusammenarbeit mit nationalen und europäischen Interessenvertretern muss ein Plan entwickelt werden, der eine gerechte und gleichmäßig verteilte Verbrauchsreduzierung gewährleistet. Dabei sollten die Besonderheiten geografischer Gebiete, die extremen Wetterbedingungen stärker ausgesetzt sind, sowie die Bedürfnisse der Wirtschaftssektoren berücksichtigt und eine demokratische Planung des Energiesektors gewährleistet werden.

7. Energieeffizienz von Gebäuden und Wohnungen

Es ist dringend notwendig Gebäude energetisch zu sanieren und fossile Brennstoffe im Wohnungsbau, in Unternehmen und im industriellen Sektor, der niedrigen Temperaturen ausgesetzt ist, zu ersetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Investitionen nicht zu Spekulationen mit Wohnungspreisen beitragen, die zu Zwangsräumungen führen. Zusätzlich gibt es auf nationaler Ebene Bedarf an Energiesparzertifikaten für Unternehmen und größeren Beträgen, die für Energieeffizienzfonds bereitgestellt werden sollen, um sie für öffentliche Initiativen auf kommunaler Ebene zu nutzen.

8. Rascher Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Einsatz dezentraler erneuerbarer Energien, zur Förderung lokaler und dezentraler Energieerzeugung unter Beteiligung von Bürger- und kommunalen Energiegemeinschaften sowie öffentlichen Energieunternehmen muss in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft geplant werden und der Ausbau der Erneuerbaren mit den Erfordernissen, Möglichkeiten und Entwicklungsstrategien der einzelnen Mitgliedstaaten vereinbar sein.



9. Streichung von Gas und Kernkraft aus der europäischen Taxonomie

Als Instrument ist die EU-Taxonomie Teil einer neoliberalen Agenda, die Privatisierung und Liberalisierung in den Mittelpunkt stellt. Es ist genau diese Agenda, die Europa an den Rand des Energiekollapses gebracht hat. Ein Klassifizierungssystem für grüne Investitionen, das Gas und Kernkraft als grüne Investitionen einschließt, ist in diesem Zusammenhang nicht nur irreführend, sondern auch gefährlich und verschlimmert die aktuelle Energie- und Klimakrise.

10. Löhne anheben, nicht Rechnungen!

Die explodierenden Energiepreise sind die Hauptursache für die Inflation in ganz Europa. Arbeitnehmer und Familien tragen wieder einmal die Kosten dieser Krise, während die multinationalen Unternehmen dank eines betrügerischen Marktes weiterhin zusätzliche Gewinne erzielen. Wir müssen diesen wachsenden Ungleichheiten ein Ende setzen. Die Löhne, die soziale Sicherheit und die Renten müssen dringend über die Inflationsrate angehoben werden, wie es in der Energiekrise der 1970er Jahre der Fall war.